

# Jetzt nicht einknicken

U nser Wirtschaftswachstum und die stetig steigenden Beschäftigungszahlen beruhen auf den hochwertigen Produkten, die deutsche Firmen in alle Teile der Welt exportieren. Daher ist die Zunahme von Piraterie gerade für Deutschland, seine Unternehmen und Beschäftigten eine große Gefahr. So haben sich beispielsweise die Beschlagnahmen des europäischen Zolls zwischen 2009 und 2010 verdoppelt. Über 100 Millionen Produkte wurden im vorletzten Jahr an den Außengrenzen der EU sichergestellt. Die EU schätzt den Warenwert der Originalprodukte auf rund eine Billion Euro. Und dies ist nur die Spitze des Eisbergs, da nur ein Bruchteil der gefälschten Waren sichergestellt wird.

Diese Zahlen machen deutlich, dass das Piraterieproblem nur durch eine Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit in den Griff zu bekommen sein wird, da Produktpiraten eben nicht national agieren. Vor diesem Hintergrund wurden die Verhandlungen zu Acta initiiert. Mit dem Abkommen werden zudem wesentliche Rechtsregeln der Europäischen Union auf andere Staaten übertragen. Dies dient auch dem Schutz der Verbraucher. Denn häufig sind Pirateriewaren optisch durch nichts mehr vom Original zu unterscheiden. Allerdings bestehen bei den Fälschungen oft enorme Gesundheits- und Sicherheitsrisiken.

Acta hat für Deutschland und Europa keine Auswirkungen auf die bestehende Rechtslage. Der Rechtsdienst des Europäischen Parlaments hat bereits vor einigen Monaten ein unabhängiges Gutachten erstellt. Dies sagt eindeutig: Durch Acta ändert sich



Angelika Pohl

Justizministerin sollte die bestehenden Vorbehalte ausräumen und politische Führung zeigen.

Diesen Ängsten einfach nachzugeben und eine inhaltlich unbegründete Kehrtwende zu vollziehen ist unverantwortlich und in vielerlei Hinsicht kontraproduktiv. Es stellt sich die Frage, wie verlässlich ein Mitgliedstaat innerhalb der EU ist, wenn man über lange Zeit abgestimmte und mitbegleitete Prozesse plötzlich aufkündigt. Häufig wird eingewendet, dass der Verhandlungsprozess undemokratisch gewesen sei. Tatsächlich handelt es sich bei Acta um ein plurilaterales Abkommen, das von der EU verhandelt wurde. Dafür hatte diese auch ein Mandat der Bundesregierung bekommen.

Neben den EU-Staaten wollen die Schweiz, USA, Kanada, Japan, Korea, Singapur, Australien, Neuseeland, Mexiko, Jordanien, Marokko und die Vereinigten Arabischen Emirate beim Thema Schutz geistigen Eigentums und Innovation gemeinsam vorgehen. Später können und sollen dem Abkommen dann weitere Staaten beitreten. Ein solches plurilaterales Vorgehen ist WTO-konform und findet dort Anwendung, wo es nicht möglich ist, sich mit allen Mitgliedsländern auf einen Konsens zu einigen. Gerade vor diesem Hintergrund wäre es für den Schutz des geistigen Eigentums weltweit fatal, wenn nun ausgerechnet aus Deutschland das Signal gesendet würde, dass man Acta nicht will.

**PRO:** Wir müssen unsere Firmen und Verbraucher schützen.

Die Bundesregierung muss die Ängste ausräumen.

In Europa nichts. Auch das Bundesjustizministerium, das in den Verhandlungsprozess eingebunden war, sagte bis vor kurzem noch, dass das Abkommen nicht zu Änderungen im europäischen oder deutschen Recht führe.

Durch das geplante Abkommen wird weder der Datenschutz berührt noch der Zugang zum Internet verschärft, noch werden Netzsperrverfahren eingeführt. Zwar wurde dies von manchem Vertragspartner im Vorfeld des Abkommens gefordert. Doch hatte die EU diese Versuche konsequent abgewehrt und herausverhandelt. Daran hatten gerade auch die interessierten Organisationen der Zivilgesellschaft ihren Anteil, die nun mangende Transparenz beklagen. Viele Tausende Demonstranten, die am Wochenende auf die Straße gegangen sind, befürchten aber ebendies - dass die Freiheit im Internet eingeschränkt werden könnte. Hier besteht also ganz sicher Dialogbedarf. Die Bundes-

Die Autorin ist Generalsekretärin der Internationalen Handelskammer Deutschland. Sie erreichen sie unter: [gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com).

# Wir sind keine Hilfsheriffs

**A**cta ist in aller Munde. Trotz klirrender Minusgrade gehen Zehntausende auf die Straßen, um gegen das internationale Handelsabkommen zu demonstrieren - die Bürger unseres Landes haben ein feines Gespür, wann ihre Rechte angegriffen werden. Dabei bestreitet ja niemand, dass Produktpiraterie bekämpft werden muss. Es war jedoch ein folgenschwerer Fehler der Copyright-Industrie, in ein legitimes Abkommen gegen Produktpiraterie eine Regulierung des Internets hineinzumengen. Denn dies ist nicht nur aus Sicht der Grundrechte brandgefährlich. Wird Acta wie geplant beschlossen, wird es zudem massive wirtschaftliche Schäden nach sich ziehen.

Um dies nachzuvollziehen, muss man sich zunächst die Bedeutung der hiesigen Internetwirtschaft für den Wirtschaftsstandort Deutschland vergegenwärtigen. Im vergangenen Jahr ermittelte das McKinsey Global Institute, dass die Internetwirtschaft über fünf Jahre im Durchschnitt für ein Viertel des deutschen Wirtschaftswachstums verantwortlich zeichnete. Diesen Erfolg ermöglichen die Internetprovider, denn sie betreiben seit fast 20 Jahren zuverlässig die technische Infrastruktur - also die Voraussetzung für Innovationen und Wachstum.

Eine tragende Säule dieses Geschäftsmodells ist der Grundsatz: Neutralität gegenüber Inhalten! Aber diese neutrale Rolle als Übermittler könnte durch Acta abgeschafft werden. Das Abkommen sieht vor, dass Staaten zur Rechtsdurchsetzung im Internet Kooperationsbemühungen in der Wirtschaft fördern müssen. Für solche Modelle macht sich die Musik- und Filmindustrie auf europä-

ber von Internetanschlüssen gerichtsfest zu belegen. Unbewiesene Behauptungen der Rechteinhaber und ihrer Dienstleister sollen ausreichen, damit Provider gegen ihre Kunden vorgehen müssen - in welcher Form auch immer, die konkreten Pläne verschweigt der Abkommenstext.

Hilfsheriff statt Dienstleister, Strafen ohne rechtsstaatliches Verfahren: Unter solchen Vorzeichen kann keine positive wirtschaftliche Entwicklung stattfinden, da jedes Vertrauen in die Dienste der Provider fehlt. Und dies nur, weil eine einzelne Branche durch repressive Maßnahmen an einem Geschäftsmodell aus dem letzten Jahrhundert festhalten will. Die Politik unterstützt dieses Interesse einer Gruppe gegen die wirtschaftliche Vernunft und gegen die Bedürfnisse der eigenen Wähler.

Die Aussage der Bundesregierung, dass Acta keine Auswirkungen auf Deutschland hätte, ist falsch. Es mag stimmen, dass es keinen aktuellen Gesetzgebungsbedarf gibt - doch das zeigt nur, wie stark die Gesetzgebung bereits einseitig an die Wünsche der Rechteinhaber angepasst wurde. Für die Zukunft, jedoch würde das Abkommen die Gestaltungsmöglichkeiten der Regierung massiv einschränken. Es wäre zwar jede Verschärfung des Urheberrechts denkbar - und von manchen Politikern sicher auch gewünscht. Eine sinnvolle Anpassung an die Ansprüche einer vernetzten Gesellschaft hingegen wäre nicht mehr möglich.

**Der Autor ist Vorstand bei „eco“-Verband der deutschen Internetwirtschaft. Sie erreichen ihn unter: [gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)**



**Oliver Süme**

## **CONTRA:** Acta macht Internetanbieter zu privaten Handlangern eines repressiven Geschäftsmodells. Das schadet Deutschland.

schon seit mehreren Jahren stark: Provider sollen in eine Hilfsheriff-Rolle gedrängt werden und auf Basis privatrechtlicher Verträge, vorbei an rechtsstaatlichen Verfahren, helfen, die Interessen der Rechteinhaber durchzusetzen. Dafür müssen Kundendaten auf eine Weise ausgewertet werden, der kein Kunde zugestimmt hat. Dies ist ein massiver Eingriff in die vertrauliche Kommunikation und in die Geschäftsbeziehung der Provider zu ihren Kunden, von der Verletzung datenschutzrechtlicher Vorschriften ganz zu schweigen.

Bereits so ermöglicht Acta Angriffe auf die Dynamik dieser Branche und somit auf unsere Konjunktur insgesamt. Es wird jedoch noch gefährlicher. Durch Acta droht die Gefahr, dass die Rechtsprechung in die Hände von Privatunternehmen gelegt wird. Die Rechtsindustrie will sich der lästigen Pflicht entledigen, ihre Anschuldigungen gegen Inha-